

**Stellungnahme des Verbandes Jüdischer Studierender Nord (VJSN)**

zur Sitzung des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 16. April 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen dieses Fachgesprächs unsere Perspektive als Verband Jüdischer Studierender Nord einzubringen.

Als Interessenvertretung jüdischer Studierender in Norddeutschland stehen wir in Austausch mit unseren Mitgliedern an unterschiedlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein, insbesondere an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der Europa-Universität Flensburg, der Muthesius Kunsthochschule sowie der Fachhochschule Kiel. Die folgenden Ausführungen basieren auf den konkreten Erfahrungen dieser Studierenden im Hochschulalltag.

Ein zentrales Ergebnis unserer Rückmeldungen ist, dass sich die Situation für jüdische Studierende im vergangenen Jahr nicht spürbar verbessert hat. Vielmehr nehmen viele unserer Mitglieder wahr, dass antisemitische Haltungen zunehmend normalisiert werden. Aussagen und Verhaltensweisen, die noch vor einiger Zeit klar als problematisch erkannt worden wären, bleiben heute häufiger unwidersprochen oder werden relativiert. Gleichzeitig entsteht auf Seiten jüdischer Studierender eine zunehmende Erschöpfung im Umgang mit dieser Situation. Während antisemitische Positionen sichtbarer werden, ziehen sich Betroffene immer häufiger zurück.

Viele jüdische Studierende berichten, dass sie sich an ihren Hochschulen nicht mehr sicher fühlen, ihre Identität offen zu zeigen. Sie vermeiden es, religiöse oder kulturelle Symbole zu tragen, sprechen nicht über ihre Herkunft oder persönliche Bezüge und wägen in alltäglichen Situationen ab, wie viel sie von sich preisgeben können. Diese Form der Unsichtbarkeit ist keine freie Entscheidung, sondern eine Anpassung an ein Umfeld, das als potenziell feindlich wahrgenommen wird.

Auch das soziale Klima auf dem Campus wird vielfach als belastend beschrieben. Unsere Mitglieder erleben, dass sie mit der Situation häufig allein gelassen werden. Gleichzeitig entsteht ein impliziter Druck, sich zu politischen Themen, insbesondere zum Nahostkonflikt zu äußern. Gespräche werden dabei nicht selten als Provokation oder als Test empfunden. Hinzu kommt, dass antisemitische Aussagen häufig als bloße politische Meinungsäußerung oder als legitime Israelkritik eingeordnet werden. Dadurch verschieben sich Grenzen des Sagbaren spürbar und antisemitische Aussagen werden zunehmend als Teil eines akzeptierten Meinungsspektrums wahrgenommen. Lehrende werden in diesem Kontext häufig als überfordert wahrgenommen und treten zu selten klar entgegen.

Die beschriebenen Entwicklungen wirken sich auch unmittelbar auf unsere Arbeit als studentischer Verband aus. Veranstaltungen an unseren Universitäten müssen heute unter deutlich erschwerten Bedingungen stattfinden. Wir erleben wiederholt auffällige oder gezielte Störanmeldungen sowie Versuche, Veranstaltungen zu provozieren. In der Praxis bedeutet dies, dass wir Orte nicht mehr uneingeschränkt öffentlich kommunizieren können, Teilnehmende stärker prüfen und Sicherheitsaspekte bei jeder Planung mitdenken müssen. Diese zusätzlichen Hürden stellen nicht nur eine Belastung dar, sondern zeigen, dass jüdisches studentisches Leben unter Bedingungen stattfindet, die für andere studentische Gruppen selbstverständlich nicht gelten.

Auf institutioneller Ebene bestehen zwar formale Anlaufstellen, jedoch fehlt es aus Sicht vieler Betroffener an klaren Zuständigkeiten, sichtbaren Konsequenzen und vertrauenswürdigen Strukturen. Viele Studierende wissen nicht, an wen sie sich wenden können, oder haben bereits kein Vertrauen darin, dass Meldungen zu spürbaren Veränderungen führen. Gleichzeitig entsteht der Eindruck, dass Hochschulen mit der aktuellen Situation strukturell überfordert sind und es an präventiven Maßnahmen sowie an einer sichtbaren Einbindung jüdischer Perspektiven mangelt.

Vor dem Hintergrund der Landtagsbeschlüsse vom 24. November 2023 und 24. Mai 2024 stellt sich aus unserer Sicht die zentrale Frage, inwiefern die dort formulierten Maßnahmen im Alltag jüdischer Studierender tatsächlich angekommen sind. Die Rückmeldungen unserer Mitglieder zeigen, dass die angekündigten Maßnahmen bislang im studentischen Alltag kaum spürbar sind. Aus unserer Sicht entsteht dadurch der Eindruck, dass bestehende Beschlüsse nicht ausreichend in konkrete Veränderungen auf dem Campus übersetzt wurden. Dies führt zu einem wachsenden Vertrauensverlust und zu dem Gefühl, dass die Perspektive jüdischer Studierender nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Antisemitismus an Hochschulen ist kein Randphänomen. Er beeinflusst unmittelbar das Sicherheitsgefühl, die Sichtbarkeit und die Teilhabe jüdischer Studierender. Wenn Studierende ihre Identität verbergen müssen, wenn Engagement nur unter Sicherheitsvorkehrungen möglich ist und wenn antisemitische Aussagen unwidersprochen bleiben, dann ist dies nicht nur ein Problem einzelner Betroffener, sondern ein strukturelles Problem des Hochschulraums. Diese Entwicklungen betreffen nicht nur jüdische Studierende, sondern stellen die Offenheit, Sicherheit und Integrität unserer Hochschulen insgesamt infrage.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit Freundlichen Grüßen

Vorstand  
Verband Jüdischen Studierenden Norddeutschland (VJSN)